

Vorsitzende des Bildungsausschusses
Frau Sylvia Eisenberg, MdL

Landeshaus

24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/1955

Kiel, 23. April 2007

Ministerin

Entwurf der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie in der Ausschusssitzung am 19. April 2007 erbeten erhalten Sie die Anhörungsfassung der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung. Die Anhörung läuft noch bis zum 21. Mai 2007. Die Verordnung soll zum 1. August 2008 in Kraft treten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ute Erdsiek-Rave

Entwurf der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung vom 30.03.2007

Gegenüber der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung vom 19. Juni 2002 wurden im Wesentlichen folgende Änderungen vorgenommen:

I. Begriffsänderungen:

Einige Begriffe wurden entsprechend dem SchulG geändert:

- 1) „Sonderschulen“ wurden in „Förderzentren“ umbenannt.
- 2) Die Bezeichnung der Förderzentren wurde entsprechend den KMK Empfehlungen an deren Arbeitsschwerpunkt angepasst (z.B. „Förderzentrum mit dem Schwerpunkt Lernen“).

Die vom Gesetzgeber vorgesehene Namensänderung unterstreicht die strukturelle Ablösung von der traditionellen Sonderschule zum Förderzentrum, das auf unterschiedlichste sonderpädagogische Anforderungen flexibel reagieren kann.

II. Präventive Maßnahmen

Die Aufgaben der Förderzentren sollen nun auch begrifflich in die drei Bereiche Prävention, Integration und Unterricht im Förderzentrum gegliedert werden.

Förderzentren können nach den Vorschriften des SchulG und der SoFVO präventiv tätig werden, wenn bei einer Schülerin oder einem Schüler kein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt ist, aber ohne besondere Förderung vermutlich eintreten wird oder bei einem Kind vor der Einschulung sonderpädagogischer Förderbedarf in einem der Förderschwerpunkte Sprache, Hören oder Sehen durch eine Lehrkraft des zuständigen Förderzentrums vermutet wird und sich dieser Bedarf ohne besondere Maßnahmen bis zur Einschulung wesentlich erhöhen würde. Eine „offizielle“ Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs durch das Schulamt ist erst im Rahmen der Anmeldung zur Schule möglich. Dann können ggf. auch rechtliche Ansprüche geltend gemacht werden.

III. Elternvertretung an Förderzentren, deren Kinder integrativ unterrichtet werden

Für unterstützende Förderzentren war es bisher nur schwer möglich, die Eltern integrativ beschulter Schülerinnen und Schüler in ihre Arbeit einzubeziehen. Dies soll nun durch eine Elternvertretung (s. § 3) ermöglicht werden.

IV. Gemeinsame Servicestellen der Rehabilitationsträger

Die gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger sollen während der Koordinierungsgespräche und des Förderausschusses einbezogen werden, wenn dies sinnvoll ist (z.B., wenn nicht feststeht welcher Kosten- und Leistungsträger zuständig ist) und dies eine Erleichterung für die Betroffenen darstellt.

V. Übernahme von Regelungen in das Schulgesetz und in Verordnungen

- Eine Vorschrift über die Förderschwerpunkte wurde aufgrund ihrer Bedeutung in das Schulgesetz übernommen (vgl. § 45 Abs. 2 SchulG neu).
- Vorschriften über Nachteilsausgleich sollen in die Zeugnisverordnung sowie in die Prüfungsverordnungen aufgenommen werden.
- Regelungen bezüglich der Zuständigkeit der unteren Schulaufsicht bei der Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs und entsprechenden Zuweisungen sollen in die Schulamtszuständigkeitsverordnung aufgenommen werden.

Entwurf

Stand: 30.03.2007

Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung (SoFVO)

Vom

Gl.-Nr.:

Fundstelle: NBl. Schl.-H. S.

gültig von: 01. August 2008 +)

gültig bis: 31. Juli 2013

Eingangsformel:

Aufgrund des § 18 Abs. 6 Satz 2, § 45 Abs. 1 Satz 6, § 69 Abs. 1 Satz 3 und des § 126 Abs. 2 und 3 des Schulgesetzes (SchulG) vom 24. Januar 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 39) verordnet das Ministerium für Bildung und Frauen den folgenden § 1 Abs. 2 bis 5, §§ 2 bis 5 und 6 Abs. 1 und 3, §§ 7, 8 und 9 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 10 Abs. 1 Satz 1 bis 3 und Abs. 2 bis 4 sowie § 11; aufgrund des § 126 Abs. 1 verordnet die Landesregierung den folgenden § 1 Abs. 1, § 6 Abs. 2, § 9 Abs. 1 Satz 2 bis 5, § 10 Abs. 1 Satz 4 sowie § 11 Abs. 3.

Inhalt

- § 1 Aufgaben der Förderzentren
- § 2 Aufbau und Organisation
- § 3 Elternversammlung und Elternvertretung
- § 4 Sonderpädagogischer Förderbedarf
- § 5 Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs
- § 6 Koordinierungsgespräche
- § 7 Förderausschuss
- § 8 Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde und Aufnahme in die Schule
- § 9 Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen
- § 10 Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung
- § 11 Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 1

Aufgaben der Förderzentren

(1) Die Förderzentren sind der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler verpflichtet, unabhängig von den zu erreichenden Schulabschlüssen. Die Schul- und Unterrichtsgestaltung orientiert sich daher an den Lernvoraussetzungen und Lernprozessen der Schülerinnen und Schüler und fördert sie in ihrer individuellen Lernentwicklung. Zur Förderung der Entwicklung aller Schülerinnen und Schüler arbeiten die Förderzentren in der Eingangsphase eng mit den Grundschulen zusammen.

(2) Förderzentren können präventiv tätig werden, wenn bei einer Schülerin oder einem Schüler kein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt ist, aber ohne besondere

Förderung vermutlich eintreten wird, oder bei einem Kind vor der Einschulung sonderpädagogischer Förderbedarf in einem der Förderschwerpunkte Sprache, Hören oder Sehen durch eine Lehrkraft des zuständigen Förderzentrums vermutet wird und sich dieser Bedarf ohne besondere Maßnahmen bis zur Einschulung wesentlich erhöhen würde.

(3) Auf Förderzentren sind, soweit sie Aufgaben anderer Schularten wahrnehmen, die Vorschriften für die jeweilige Schulart anzuwenden, sofern in dieser Verordnung nichts Abweichendes geregelt ist. Förderzentren mit dem Schwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung erfüllen die Aufgaben der

1. Grundschule,
2. Regionalschule oder der Gemeinschaftsschule bis zum Ende der Sekundarstufe I und
3. Förderzentren mit den Schwerpunkten
 - a) Lernen und
 - b) geistige Entwicklung.

Förderzentren mit dem Schwerpunkt Hören und Förderzentren mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung erfüllen die Aufgaben

1. der Grundschule,
2. der Regionalschule oder der Gemeinschaftsschule bis zum Ende der Sekundarstufe I und
3. des Förderzentrums mit dem Schwerpunkt Lernen.

Förderzentren mit dem Schwerpunkt Sprache erfüllen die Aufgaben der Grundschule.

Mit Genehmigung der obersten Schulaufsichtsbehörde können Förderzentren mit den Schwerpunkten körperliche und motorische Entwicklung, Hören und emotionale und soziale Entwicklung Aufgaben weiterer allgemein bildender Schularten erfüllen.

(4) Förderzentren mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung unterrichten und erziehen Schülerinnen und Schüler, die sich wegen erheblicher Erziehungsschwierigkeiten im Rahmen von Hilfe zur Erziehung nach § 34 des Achten Buches Sozialgesetzbuch in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform befinden. Des Weiteren unterrichten und erziehen sie, begrenzt auf ein Jahr, Schülerinnen und Schüler, die gemäß §§ 29 bis 33 sowie §§ 35 und 35 a des Achten Buches Sozialgesetzbuch Maßnahmen der Hilfe zur Erziehung in Anspruch nehmen, sofern dadurch eine Heimunterbringung vermieden werden kann und die Schulaufsichtsbehörde zugestimmt hat. Auf Antrag der Eltern oder des Förderzentrums kann der Zeitraum mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde um bis zu zwei Jahre verlängert werden.

§ 2

Aufbau und Organisation

Förderzentren gliedern sich in Jahrgangsstufen mit Ausnahme derer mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Sie können jahrgangsstufen-, förderschwerpunkt- und schulartübergreifende Lerngruppen bilden, wenn es der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler entspricht.

§ 3

Elternversammlung und Elternvertretung

(1) Die Eltern der Schülerinnen und Schüler, die an Förderzentren unterrichtet werden, bilden Elternversammlungen und Elternvertretungen. Die §§ 69 bis 72 und 75 bis 78 SchulG finden entsprechende Anwendung.

(2) Die Eltern aller Schülerinnen und Schüler in integrativen Maßnahmen bilden zusätzlich

zu der Elternversammlung nach § 69 SchulG eine eigenständige Elternversammlung am unterstützenden Förderzentrum. Die Elternversammlung kann aus ihrer Mitte einen Schullehrerbeirat wählen, der aus der oder dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern bestehen soll. Die Wahl setzt voraus, dass an der Elternversammlung mehr als 25 % der Eltern, deren Kinder sich in integrativen Maßnahmen befinden, teilnehmen.

(3) Die Aufgaben der Elternversammlungen und -vertretungen nach Absatz 2 erstrecken sich ausschließlich auf die unterstützende Tätigkeit des Förderzentrums.

(4) Die Mitwirkung an Elternversammlungen und -vertretungen anderer Schulen werden durch die Absätze 2 und 3 nicht eingeschränkt.

§ 4 Sonderpädagogischer Förderbedarf

Schülerinnen und Schüler haben sonderpädagogischen Förderbedarf, wenn sie aufgrund ihrer Behinderung, Entwicklung oder chronischen Krankheit nur mit besonderer Hilfe am Unterricht einer Grundschule, einer weiterführenden allgemein bildenden Schule oder einer berufsbildenden Schule teilnehmen können und sonstige Förderung nicht ausreichend ist. Ihre sonderpädagogische Förderung erfolgt nach Art ihrer Beeinträchtigung in einem oder mehreren Förderschwerpunkten nach § 45 Abs. 2 SchulG.

§ 5 Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs

(1) Das Verfahren zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs wird durchgeführt, wenn im Rahmen der Anmeldung an einer Schule oder während des Schulbesuchs ein solcher Bedarf vermutet und die Einleitung des Verfahrens

1. von der besuchten Schule veranlasst wird oder

2. von

a) den Eltern oder der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler (Betroffene) oder

b) einer der in Betracht kommenden aufnehmenden Schulen

beantragt wird.

(2) Vermutet eine Schule nach Absatz 1 Nr. 1 oder 2 b bei einer Schülerin oder einem Schüler, dass ein Verfahren zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs erforderlich ist, informiert sie die Betroffenen über den Ablauf des Verfahrens sowie über die in Betracht kommenden Formen der Beschulung. Sie übersendet dem nach § 24 Abs. 2 SchulG zuständigen Förderzentrum ein schulärztliches Gutachten sowie die Schülerakte.

(3) Das Förderzentrum leitet das Verfahren. Stellt sich nach Erhalt der Antragsunterlagen heraus, dass ein anderes Förderzentrum fachlich besser geeignet ist, kann das Verfahren mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde an dieses abgegeben werden. Das Förderzentrum fordert, soweit erforderlich, weitere Stellungnahmen und Gutachten an.

(4) Das Förderzentrum erstellt ein sonderpädagogisches Gutachten, das alle Umstände berücksichtigt, die für eine Aufnahme sonderpädagogischer Förderung von Bedeutung sind, und das mit einem Entscheidungsvorschlag darüber endet, ob sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegt und nach welchem Förderschwerpunkt die Schülerin oder der Schüler unterrichtet werden soll.

<p>(5) Das Förderzentrum erarbeitet zur Vorbereitung der Koordinierungsgespräche nach § 6 Vorschläge in Bezug auf</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Art und Weise der zu ergreifenden Fördermaßnahmen,2. die von der Schülerin oder dem Schüler benötigten Lehr- und Hilfsmittel,3. die Schülerbeförderung,4. die notwendigen baulichen Voraussetzungen,5. die notwendige zusätzliche personelle Unterstützung und6. das zuständige Förderzentrum nach § 24 Abs. 3 Satz 2 SchulG.
<p>(6) Wird vermutet, dass sich der Förderschwerpunkt einer Schülerin oder eines Schülers geändert hat, gilt Absatz 1 entsprechend. Ein erneuter Antrag nach Absatz 1 Nr. 2 kann frühestens nach einem Jahr gestellt werden. Die am Verfahren Beteiligten können in diesem Fall einvernehmlich auf die Erstellung eines sonderpädagogischen Gutachtens verzichten.</p>
<p>(7) Liegt kein sonderpädagogischer Förderbedarf mehr vor, übermittelt die besuchte Schule der Schulaufsichtsbehörde sowie den Betroffenen eine Stellungnahme. Die Betroffenen können die Erstellung eines sonderpädagogischen Gutachtens verlangen.</p>
<p>(8) Abschriften der Gutachten und Stellungnahmen sind den Betroffenen zu übermitteln und auf Wunsch zu erläutern. Das Förderzentrum übermittelt das sonderpädagogische Gutachten mit der Schülerakte sowie den Vorschlägen nach Absatz 5 der nach § 6 Abs. 1 für die Koordinierungsgespräche zuständigen Stelle.</p>
<p>§ 6 Koordinierungsgespräche</p> <p>(1) Wird die sonderpädagogische Förderung einer Schülerin oder eines Schülers in dem Gutachten nach § 5 Abs. 4 empfohlen, führt das nach § 24 Abs. 2 SchulG zuständige Förderzentrum mit den am Verfahren nach § 5 Abs. 1 Beteiligten, dem Schulträger und, soweit erforderlich, mit weiteren Personen und anderen Stellen Koordinierungsgespräche. Die in Betracht kommenden Kosten- und Leistungsträger sind hinzuzuziehen, soweit nicht sämtliche Kosten und Leistungen von den am Verfahren Beteiligten getragen werden. Die gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger sollen dabei einbezogen werden. Die Koordinierungsgespräche dienen dazu, auf den Einzelfall bezogene Fördermaßnahmen und den Förderort einvernehmlich zu bestimmen. Die Schulaufsichtsbehörde kann die Gesprächsführung jederzeit an sich ziehen.</p>
<p>(2) Koordinierungsgespräche sind auch zu führen, wenn eine Schülerin oder ein Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Schule wechseln soll. Die Betroffenen sind über den Ablauf und die in Betracht kommenden Formen der Beschulung zu informieren. Die Schulaufsichtsbehörde kann ein sonderpädagogisches Gutachten oder Vorschläge nach § 5 Abs. 5 von einem fachlich geeigneten Förderzentrum oder eine Stellungnahme der besuchten Schule anfordern.</p>
<p>(3) Bei einem einvernehmlichen Ergebnis der Koordinierungsgespräche gilt § 7 Abs. 3 entsprechend. Konnte kein Einvernehmen erzielt werden, tritt der Förderausschuss nach § 7 zusammen.</p>
<p>§ 7 Förderausschuss</p>

(1) Die Schulaufsichtsbehörde beruft einen Förderausschuss ein, wenn in den Koordinierungsgesprächen nach § 6 kein Einvernehmen erzielt worden ist. Der Förderausschuss prüft auf der Grundlage der Gutachten und Stellungnahmen für den zu beurteilenden Einzelfall die Fördermaßnahmen, die sich aus dem Schulangebot einschließlich möglicher Anpassungen ergeben. Er kann weitere Unterlagen hinzuziehen.

(2) Mitglieder des Förderausschusses sind:

1. als vorsitzendes Mitglied eine Schulaufsichtsbeamtin oder ein Schulaufsichtsbeamter der für die in Betracht kommenden aufnehmenden Schulen zuständigen Schulaufsichtsbehörde oder eine oder ein von der Schulaufsichtsbehörde beauftragte Schulleiterin oder beauftragter Schulleiter nach Nummer 2,
2. je eine Schulleiterin oder ein Schulleiter oder eine von ihr oder ihm beauftragte Lehrkraft
 - a) der abgebenden Schule,
 - b) der in Betracht kommenden aufnehmenden Schulen und
 - c) eines fachlich geeigneten Förderzentrums,
3. je eine Vertreterin oder ein Vertreter der in Betracht kommenden Kosten- und Leistungsträger der geplanten Maßnahme oder eine Vertreterin oder ein Vertreter einer gemeinsamen Servicestelle der Rehabilitationsträger,
4. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulträgers,
5. in den Fällen, in denen die Aufnahme in eine berufsbildende Schule angestrebt wird, eine Vertreterin oder ein Vertreter des Integrationsfachdienstes.

Soweit erforderlich, können weitere Personen beratend hinzugezogen werden. Die Betroffenen sind vom Förderausschuss anzuhören.

(3) Auf der Grundlage der Beratung wird eine Empfehlung vom Förderausschuss abgegeben, in der die organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer geeigneten Maßnahme berücksichtigt werden. Angaben über einen zu gewährenden Nachteilsausgleich, der sich nach Art und Umfang des sonderpädagogischen Förderbedarfs richtet, sollen enthalten sein. Die Empfehlung ist schriftlich festzuhalten und der Schulaufsichtsbehörde zusammen mit der Schülerakte zu übermitteln.

§ 8

Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde und Aufnahme in die Schule

(1) Die untere Schulaufsichtsbehörde legt den Förderschwerpunkt fest, entscheidet über Maßnahmen zur Förderung der Schülerin oder des Schülers, den notwendigen Nachteilsausgleich, die Zuweisung nach § 24 Abs. 3 Satz 1 SchulG und legt das zuständige Förderzentrum nach § 24 Abs. 3 Satz 2 SchulG fest. Soweit die Schülerin oder der Schüler an gemeinsamem Unterricht nach § 5 Abs. 2 SchulG teilnehmen soll, hat die Schulaufsichtsbehörde in ihrer Entscheidung zu berücksichtigen, ob die maßnahmebedingten Kosten und Leistungen von den an den Koordinierungsgesprächen oder am Förderausschuss beteiligten Stellen getragen werden.

(2) Die Entscheidung nach Absatz 1 wird den Betroffenen schriftlich mitgeteilt. Der aufnehmenden Schule werden neben der Entscheidung die Ergebnisse des sonderpädagogischen Gutachtens oder die Stellungnahme der besuchten Schule nach § 5 Abs. 7 Satz 1 übermittelt.

(3) Über die Aufnahme an eine Schule und die Zuweisung zu einer Lerngruppe entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter, soweit keine Zuweisung nach § 24 Abs. 3 oder 5 SchulG

erfolgt.
<p>§ 9 Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen</p> <p>(1) Das Förderzentrum mit dem Schwerpunkt Lernen umfasst neun Schulleistungsjahre. Die Schülerinnen und Schüler verbleiben in der Regel unabhängig von ihrem Leistungsstand in der besuchten Lerngruppe, steigen ohne Versetzungsbeschluss auf und nehmen am gesamten Unterricht der besuchten Lerngruppe teil, sofern die in ihrem Förderplan festgelegten Maßgaben dem nicht entgegenstehen. Die Klassenkonferenz entscheidet auf Antrag der Eltern über die Wiederholung einer Jahrgangsstufe; § 18 Abs. 2 SchulG bleibt unberührt. Auf Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Förderschwerpunkt Lernen, die eine Grundschule, eine weiterführende allgemein bildende Schule oder ein anderes Förderzentrum besuchen, sind die Sätze 2 und 3 entsprechend anzuwenden. In diesem Fall nehmen Lehrkräfte des zuständigen Förderzentrums an den Klassenkonferenzen beratend teil.</p>
<p>(2) Die Schülerinnen und Schüler erhalten unabhängig von ihrem Förderort mit Erreichen der für sie festgelegten Ziele ihres Förderplans sowie der von der obersten Schulaufsichtsbehörde im Rahmen des Lehrplans Sonderpädagogische Förderung empfohlenen Kriterien den Abschluss des Förderzentrums mit dem Schwerpunkt Lernen.</p>
<p>§ 10 Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung</p> <p>(1) Förderzentren mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung gliedern sich in vier Stufen (Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe und Werkstufe). Mit Zustimmung der obersten Schulaufsichtsbehörde kann davon abgewichen werden. In der Regel dauert der Besuch der ersten drei Stufen jeweils drei Jahre (Vollzeitschulpflicht). § 9 Abs. 1 Satz 2 bis 5 ist entsprechend anzuwenden.</p>
<p>(2) Die Schülerinnen und Schüler erhalten unabhängig von ihrem Förderort mit Erreichen der für sie in ihrem Förderplan festgelegten Ziele und nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht den Abschluss des Förderzentrums mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung.</p>
<p>(3) Die Dauer der Teilnahme an der bis zu drei Jahre umfassenden Werkstufe richtet sich nach den im Förderplan der Schülerin oder des Schülers festgelegten Maßgaben.</p>
<p>(4) Eine berufliche Bildung oder eine Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit kann für Schülerinnen und Schüler in geeigneten Bildungsgängen an einer berufsbildenden Schule oder in der Werkstufe eines Förderzentrums mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung erfolgen. Die betroffenen Schularten sollen eng zusammenarbeiten. Die für die Bildungsgänge geltenden Lehrpläne sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass von ihnen, entsprechend dem Lehrplan Sonderpädagogische Förderung, abgewichen werden kann. Es soll ein Abschlusszeugnis erteilt werden.</p>
<p>§ 11 Übergangs- und Schlussbestimmungen</p> <p>(1) Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2012 gilt § 7 Abs. 2 mit der Maßgabe, dass in den Fällen, in denen ein Finanzausgleich nach § 79 Abs. 3 SchulG in der Fassung vom 2. August</p>

1990 (GVOBl. Sch.-H. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 168) und durch § 28 des Haushaltsstrukturgesetzes 2007/2008 vom 14. Dezember 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 309, 331), Ressortbezeichnung zuletzt geändert durch Art. 84 der Landesverordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487, 506), erwartet wird, eine Vertreterin oder ein Vertreter des Kreises Mitglied des Förderausschusses ist.

(2) Diese Verordnung tritt am 1. August 2008 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Juli 2013 außer Kraft. Die Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung vom 19. Juni 2002 (NBl. MBWFK. Sch.-H. S.311) tritt mit Ablauf des 31. Juli 2008 außer Kraft.